

NOMOSPRAXIS

Fasselt | Schellhorn [Hrsg.]

Handbuch Sozialrechtsberatung

HSRB

6. Auflage



Nomos



NOMOS PRAXIS

Ursula Fasselt | Helmut Schellhorn [Hrsg.]

Handbuch Sozialrechtsberatung

HSRB

6. Auflage

Prof. Dr. Frank Ehmann, Rechtsanwalt, Frankfurt University of Applied Sciences | **Prof. Dr. Ursula Fasselt**, Frankfurt University of Applied Sciences | **Prof. Dr. Dorothee Frings** i.R., Hochschule Niederrhein, Mönchengladbach | **Prof. Dr. Lasse Gundelach**, Katholische Hochschule Mainz | **Prof. Dr. Carsten Homann**, Hochschule RheinMain, Wiesbaden | **Prof. Dr. Rainer Kessler**, Brechen | **Prof. Dr. Gerhard Nothacker**, Fachhochschule Potsdam | **Dr. Simon Paulenz**, Richter am Sozialgericht, Berlin | **Prof. Dr. Jürgen Sauer**, Hochschule RheinMain, Wiesbaden | **Prof. Dr. Helmut Schellhorn**, Frankfurt University of Applied Sciences | **Dr. Daniela Schweigler**, Rechtsanwältin, Johannes Gutenberg-Universität Mainz | **Prof. Dr. Clarita Schwengers**, Hochschule Esslingen | **Prof. Dr. Jürgen Winkler**, Katholische Hochschule Freiburg

In Kooperation mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge



Nomos



Zitiervorschlag: Fasselt/Schellhorn HSRB/*Bearbeiter*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5738-1

6. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 6. Auflage

Die 6. Auflage des HSRB bringt das Handbuch auf den neuesten Gesetzes- und Rechtsstand. Eingearbeitet sind über 50 Gesetzesreformen, die teilweise zu erheblichen Änderungen im Leistungsbereich führen. Berücksichtigt sind ua die am 1.1.2020 in Kraft getretene dritte Stufe des Bundesteilhabegesetz vom 23.11.2016 (BGBl. I 3234), das RV-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz v. 28.11.2018 (BGBl. I 2016), das Starke-Familien-Gesetz v. 29.4.2019 (BGBl. I 530), das Dritte Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes v. 13.8.2019 (BGBl. I 1290), das Gesetz zur Änderung des Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Rechtsvorschriften v. 30.11.2019 (BGBl. I 1948), das Angehörigen-Entlastungsgesetz v. 10.12.2019 (BGBl. I 2135) sowie das MDK-Reformgesetz v. 14.12.2019 (BGBl. I 2789).

Die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erlassenen, für den Bereich des Sozialrechts relevanten Regelungen sind in die einzelnen Kapitel eingearbeitet. Ein Überblick der „pandemiebedingten“ Änderungen findet sich am Ende der Einleitung.

Das Kapitel „Armut“ in Teil II des Handbuchs wurde um die Lebens- und Problemlage „Verschuldung“ erweitert.

Mit dieser Auflage verabschiedet sich Herr *Prof. Dr. Gerhard Nothacker* auf eigenen Wunsch aus dem Kreis der Bearbeiter. Ihm gilt unser besonderer Dank für die geleistete Mitarbeit. Wir freuen uns, dass wir mit Frau *Dr. Daniela Schweigler*, Herrn *Prof. Dr. Lasse Gundelach*, Herrn *Prof. Dr. Carsten Homann* und Herrn *Dr. Simon Paulenz* neue, kompetente Autoren aus Praxis und Wissenschaft gewinnen konnten.

Auch mit der 6. Auflage möchten Herausgeber und Autoren des Handbuchs den in der Sozialberatung tätigen Personen ein aktuelles, gut verständliches Werkzeug an die Hand geben, das in komplexen Lebenslagen und bei existenziellen Lebensfragen Hilfestellung bietet. Für Kritik und Anregungen sind wir dankbar.

Der Neuauflage beigelegt ist das Plakat „Sozialleistungen im Überblick“, das alle Sozialleistungen anschaulich zusammenfasst.

Frankfurt am Main, im Dezember 2020

Prof. Dr. Ursula Fasselt
Prof. Dr. Helmut Schellhorn

Vorwort zur 1. Auflage

Mit dem Handbuch der Sozialrechtsberatung – HSRB wird Praktikerinnen und Praktikern der sozialen Arbeit ein Werk zur Verfügung gestellt, das in Zeiten der so apostrophierten großen Sozialrechtsreformen (Hartz IV) eine professionelle Beratung der Betroffenen ermöglicht.

Das HRSB verfolgt drei Zielsetzungen: Das Buch soll zunächst einen knappen systematischen Überblick über die verschiedenen Leistungsbereiche des Sozialrechts liefern. Danach sollen die »Lebenslagen und Problemlagen«, die in der Praxis der Sozialrechtsberatung typischerweise vorkommen, erläutert werden. Hinweise zur rechtlichen Situation der Beratungspersonen sollen die Ausführungen abrunden.

Leserinnen und Leser mögen sich ein Urteil darüber bilden, wie diese Ziele im Handbuch umgesetzt wurden. Nicht immer war es möglich, Wiederholungen gänzlich zu vermeiden bzw. die vorgegebenen Gewichtungen konzeptionell umzusetzen (so galt es, die im Augenblick wohl wichtigsten Gesetzeswerke SGB II und XII in Teil I des Handbuchs sehr viel breiter als geplant darzustellen); es versteht sich von selbst, dass das HRSB nicht alle Lebenslagen antizipieren und jeden Einzelfall aufnehmen konnte. Mit einem umfangreichen und detaillierten Stichwortverzeichnis und dem beiliegenden Plakat zu den Leistungsansprüchen im Sozialrecht erhält der Leser aber auch weitere wertvolle Arbeitsmittel an die Hand. Auf ein gesondertes Abkürzungerverzeichnis wurde verzichtet, verwiesen sei auf *Kirchner/Butz*, Abkürzungerverzeichnis der Rechtssprache, 5. Auflage, Berlin 2003.

So steht dem Nutzer ein – wie wir glauben – neuartiges und informatives Handbuch zur Verfügung; wie immer bei Neukonzeptionen trifft die Urheber das Risiko des neuen Weges, so dass wir für Anregungen wie Kritik dankbar sind (nomos@nomos.de).

Autoren und Verlag

Inhalt

Vorwort zur 6. Auflage	5
Vorwort zur 1. Auflage	6
Bearbeiterverzeichnis	31

Teil I Sozialestungsrecht

Einleitung

I. Begriff des Sozialrechts	33
II. Gesetzliche Grundlagen	33
III. Gliederung des Sozialrechts	34
IV. Die Bücher des SGB	34
V. Rechtsquellen des Sozialrechts	35
VI. Sozialeistungsbereiche im Überblick	36
1. Sozialversicherung	36
a) Allgemeines	36
b) Gesetzliche Krankenversicherung	37
c) Soziale Pflegeversicherung	37
d) Gesetzliche Rentenversicherung	38
e) Gesetzliche Unfallversicherung	38
2. Arbeitsförderung	39
3. Soziale Entschädigung	39
4. Soziale Förderung	40
a) Allgemeines	40
b) Ausbildungsförderung	40
c) Kindergeld	40
d) Elterngeld	40
e) Unterhaltsvorschuss	41
f) Wohngeld	41
g) Kinder- und Jugendhilfe	41
5. Grundsicherung für Arbeitsuchende	42
6. Sozialhilfe	42
7. Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen	42
VII. Rechtswege	43
VIII. Anhang: Corona-Pandemie und Sozialrecht	43

§ 1 Ausbildungsförderung

I. Allgemeines	46
II. Die einzelnen Leistungsansprüche	46
1. Ausbildungsförderung nach dem BAföG	46
a) Allgemeines	46
b) Leistungen	47
2. Berufsausbildungsbeihilfe	48
a) Allgemeines	48
b) Leistungen	48
III. Zuständigkeit	48
1. Ausbildungsförderung nach dem BAföG	48

Inhalt

2. BAB	48
§ 2 Arbeitsförderung	
I. Übersicht	49
1. Allgemeines	49
2. Versicherter Personenkreis	49
a) Versicherungspflichtige kraft Gesetzes	49
b) Versicherungspflichtverhältnis aufgrund Antrags	50
3. Finanzierung der Arbeitsförderung	51
II. Die einzelnen Leistungen	51
1. Allgemeines	51
2. Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	52
a) Berufsberatung und Vermittlung	52
b) Aktivierung und berufliche Eingliederung	52
c) Berufswahl und Berufsausbildung	53
d) Förderung der beruflichen Weiterbildung	54
e) Förderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	54
f) Leistungen zum Verbleib in einer Beschäftigung	54
g) Transferleistungen	54
h) Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben	55
3. Entgeltersatzleistungen	55
a) Arbeitslosengeld	55
b) Teilarbeitslosengeld	55
c) Übergangsgeld	56
d) Insolvenzgeld	56
III. Zuständigkeit	56
§ 3 Gesetzliche Unfallversicherung	
I. Allgemeines	57
II. Versicherter Personenkreis	57
1. Versicherung kraft Gesetzes	57
2. Versicherung kraft Satzung	58
3. Versicherungsfreiheit	59
4. Freiwillige Versicherung	59
III. Versicherungsfälle	59
1. Arbeitsunfall	59
2. Berufskrankheit	60
3. Mitverursachung	60
IV. Leistungen	60
1. Heilbehandlung	61
2. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	61
3. Leistungen zur sozialen Teilhabe	61
4. Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	61
5. Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	62
6. Renten an Versicherte	62
7. Renten an Hinterbliebene	62
8. Weitere Leistungen	63
9. Zusammentreffen von Renten	63

Inhalt

V. GUV und zivilrechtliche Haftung	63
VI. Prävention	64
VII. Organisation und Finanzierung	64
VIII. Verfahren der Leistungsgewährung	64
IX. Rechtsweg	64

§ 4 Gesetzliche Krankenversicherung

I. Übersicht	65
II. Versicherter Personenkreis	66
III. Leistungen	67
1. Allgemeine Leistungsgrundsätze	67
a) Sachleistungsprinzip	67
b) Kostenerstattung, Persönliches Budget anstelle von Sachleistungen	68
c) Wirtschaftlichkeitsgebot	68
d) Regel- und Satzungsleistungen, Wahltarife	69
e) Leistungen bei Auslandsbehandlung	70
f) Leistungsbeschränkungen	71
g) Erlöschen des Leistungsanspruchs	71
h) Verfahrenseinleitung durch Antrag	72
2. Leistungen zur Verhütung und zur Früherkennung von Krankheiten	72
3. Leistungen bei Krankheit	74
4. Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft	75
5. Sonstige Leistungen	76
a) Empfängnisverhütung	76
b) Schwangerschaftsabbruch und Sterilisation	76
c) Sterbegeld	76
d) Fahrkosten	76
IV. Organisation	76
V. Finanzierung	77
VI. Medizinischer Dienst	79

§ 5 Soziale Pflegeversicherung

I. Übersicht	80
II. Versicherter Personenkreis	81
III. Versicherungsfall der Pflegebedürftigkeit	81
IV. Vorrang von Prävention und Rehabilitation	81
V. Leistungen	82
1. Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen	82
2. Leistungsarten	83
a) Häusliche Pflege	83
b) Teilstationäre Pflege und Kurzzeitpflege	84
c) Vollstationäre Pflege	84
3. Leistungen in Form eines Persönlichen Budgets	85
4. Ruhen und Wegfall der Leistungen	85
5. Leistungserbringung durch zugelassene Pflegeeinrichtungen	85
VI. Pflegeberatung	87
VII. Organisation und Finanzierung	88

Inhalt

§ 6 Gesetzliche Rentenversicherung

I. Übersicht	90
II. Versicherter Personenkreis	91
1. Versicherungspflicht	91
2. Versicherungsfreiheit	92
3. Nachversicherung	93
4. Freiwillige Versicherung	93
III. Rentenrechtliche Zeiten	93
IV. Leistungen zur Teilhabe	94
V. Rentenleistungen	95
1. Renten wegen Alters	95
a) Übersicht	95
b) Anhebung der Altersgrenzen	95
c) Regelaltersrente	96
d) Altersrente für langjährig Versicherte	98
e) Altersrente für schwerbehinderte Menschen	98
f) Altersrente für besonders langjährig Versicherte	99
g) Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute	99
h) Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit	100
i) Altersrente für Frauen	100
j) Teilrentenbezug bei Renten wegen Alters	101
k) Hinzuerwerb bei Altersrenten	101
2. Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	103
a) Übersicht	103
b) Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung	104
c) Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit	105
d) Rente wegen voller Erwerbsminderung	106
e) Rente wegen voller Erwerbsminderung nach einer Wartezeit von 20 Jahren	107
f) Rente für Bergleute	108
g) Hinzuerwerbengrenzen	108
h) Befristung der Renten	109
3. Renten wegen Todes	109
a) Witwenrente und Witwerrente	109
b) Witwen- oder Witwerrente nach dem oder der vorletzten Ehegatten bzw. Ehegattin	111
c) Witwen- oder Witwerrente an vor dem 1.7.1977 geschiedene Ehegatten	112
d) Waisenrente	112
e) Erziehungsrente	113
f) Einkommensanrechnung	113
4. Rentenbeginn	114
5. Rentenhöhe und Rentenanpassung	115
VI. Leistungen an Berechtigte im Ausland	117
VII. Organisation und Finanzierung	117

§ 7 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)

I. Übersicht	119
--------------------	-----

Inhalt

II. Personenkreis	120
1. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	120
2. Sozialgeldberechtigte	120
3. Hilfebedürftigkeit	120
4. Ausschluss von den Leistungen	121
III. Leistungen	121
1. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	122
2. Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	122
a) Eingliederungsvereinbarung (§ 15 SGB II)	122
b) Leistungen zur Eingliederung (§ 16 SGB II)	123
c) Kommunale Eingliederungsleistungen (§ 16 a SGB II)	124
d) Einstiegsgeld (§ 16 b SGB II)	124
e) Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen (§ 16 c SGB II)	124
f) Arbeitsgelegenheiten (§ 16 d SGB II)	125
g) Förderung von Arbeitsverhältnissen (§ 16 e SGB II)	125
h) Freie Förderung (§ 16 f SGB II)	126
i) Förderung schwer zu erreichender junger Menschen (§ 16 h SGB II)	126
j) Teilhabe am Arbeitsmarkt (§ 16 i SGB II)	126
IV. Sanktionen	127
V. Ersatzansprüche	130
VI. Zuständigkeit	130
1. Sachliche Zuständigkeit	130
2. Örtliche Zuständigkeit	131
VII. Einzelne Verfahrensvorschriften	131
1. Antragstellung	131
2. Vertretung der Bedarfsgemeinschaft	132
3. Verwaltungsverfahren	132
4. Sofortige Vollziehbarkeit	132

§ 8 Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden

I. Allgemeines	134
II. Gründe für eine soziale Entschädigung	134
III. Entschädigungstatbestände	135
IV. Kausalprinzip	136
V. Leistungen	136
VI. Zuständige Leistungsträger	139
VII. Verfahren der Leistungsgewährung	139
VIII. Rechtswege	139
IX. Zum künftigen Sozialen Entschädigungsrecht – SGB XIV	140

§ 9 Kinder- und Jugendhilfe, Adoptionsvermittlung

I. Übersicht	141
1. Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe	141
2. Andere Aufgaben der Jugendhilfe	141
3. Adoptionsvermittlung	141
II. Verfahren, Hilfeplanung und Finanzierung	142
III. Die einzelnen Leistungen	142
1. Hilfe zur Erziehung	143

Inhalt

2. Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung	149
3. Hilfe für junge Volljährige	149
4. Andere Sozialleistungen der Jugendhilfe	150
IV. Zuständigkeiten, Träger	153
V. Reform der Kinder- und Jugendhilfe	154

§ 10 Eltern- und Kindergeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss

I. Übersicht	155
II. Die einzelnen Leistungsansprüche	155
1. Elterngeld und Elterngeld Plus	155
2. Kindergeld	158
3. Kinderzuschlag	159
4. Unterhaltsvorschuss und Unterhaltsausfallleistung	160
III. Zuständigkeiten, Träger, Verfahren	161
1. BEEG	161
2. Kindergeld	161
3. UVG	162

§ 11 Wohngeld

I. Übersicht	163
1. Allgemeines	163
2. Berechtigter Personenkreis	163
3. Finanzierung des Wohngeldes	163
II. Die einzelnen Leistungen	163
III. Zuständigkeit	164

§ 12 Sozialhilfe

I. Rechtsquellen und Regelungsgegenstand	166
1. Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen – Sicherung der Unterkunft (§ 36 SGB XII)	167
2. Vorläufige Sozialhilfe im Rahmen der erweiterten Hilfe – Aufwendungersatz (§ 19 Abs. 5 SGB XII)	168
3. Notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen (§ 27 b SGB XII)	168
a) Barbetrag zur persönlichen Verfügung	168
b) Kleidung und Schuhe	169
II. Allgemeine Vorschriften – Strukturprinzipien	169
1. Einordnung in das Sozialgesetzbuch	169
2. Allgemeine Vorschriften – Grundsätze der Leistungen	169
3. Strukturprinzipien	170
III. Hilfen zur Gesundheit (Fünftes Kapitel)	171
1. Vorbeugende Gesundheitshilfe (§ 47 SGB XII)	171
2. Hilfe bei Krankheit (§ 48 SGB XII)	171
3. Hilfe zur Familienplanung (§ 49 SGB XII)	172
4. Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft (§ 50 SGB XII)	172
5. Hilfe bei Sterilisation (§ 51 SGB XII)	172
IV. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (wegefallen)	172
V. Hilfe zur Pflege (Siebtes Kapitel)	172

VI. Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Achtes Kapitel)	173
1. Anspruchsvoraussetzungen und Personenkreis der Berechtigten	173
2. Maßnahmen und Leistungen der Hilfe	173
a) Beratung, persönliche Unterstützung	174
b) Erhaltung und Beschaffung einer Wohnung	174
c) Ausbildung, Erlangung und Sicherung eines Platzes im Arbeitsleben	174
d) Hilfe zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen und zur Gestaltung der Freizeit	174
VII. Hilfe in anderen Lebenslagen (Neuntes Kapitel)	175
1. Blindenhilfe (§ 72 SGB XII)	175
a) Anspruchsvoraussetzungen und Personenkreis der Berechtigten	175
b) Leistungen	175
2. Hilfe in sonstigen Lebenslagen (§ 73 SGB XII)	176
a) Anspruchsvoraussetzungen und Personenkreis der Berechtigten	176
b) Leistungen	176
3. Bestattungskosten (§ 74 SGB XII)	177
VIII. Bedarfsdeckung bei den Hilfen nach den Kapiteln Fünf bis Neun durch Ehegatten, Lebenspartner und Eltern bei minderjährigen unverheirate- ten Kindern (§ 19 Abs. 3 SGB XII)	177
IX. Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer (§ 23 SGB XII)	177
X. Bedarfsdeckung durch Einsatz von Einkommen	178
1. Allgemeines	178
2. Einkommen (§§ 82 ff. SGB XII)	179
a) Begriff des Einkommens (§ 82 Abs. 1 SGB XII)	179
b) Nicht zu berücksichtigendes Einkommen	180
c) Absetzungen vom Einkommen (§ 82 Abs. 2, 3 SGB XII)	182
3. Einkommengrenze bei den Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel	184
a) Allgemeines	184
b) Ermittlung der Einkommengrenze	184
c) Einsatz des Einkommens über der Einkommengrenze (§ 87 SGB XII)	185
d) Einsatz des Einkommens unter der Einkommengrenze (§ 88 SGB XII)	186
e) Einkommenseinsatz bei mehrfachem Bedarf (§ 89 SGB XII)	187
XI. Bedarfsdeckung durch Vermögen (§§ 90 f. SGB XII)	187
1. Allgemeines	187
2. Begriff des Vermögens (§ 90 Abs. 1 SGB XII)	188
3. Vom Einsatz bzw. der Verwertung ausgenommenes Vermögen (Schonvermögen, § 90 Abs. 2 SGB XII)	190
4. Allgemeine Härteregelung (§ 90 Abs. 3 SGB XII)	194
5. Vermögen und darlehensweise Hilfe (§ 91 SGB XII)	196
XII. Einschränkung, Aufrechnung (§ 26 SGB XII)	196
1. Allgemeines	196
2. Einkommens- oder Vermögensverminderung, unwirtschaftliches Verhalten	196
3. Aufrechnung	197

Inhalt

XIII. Kostenersatz (§§ 102 ff. SGB XII)	198
1. Allgemeines	198
2. Kostenersatz durch Erben (§ 102 SGB XII)	198
a) Allgemeines	198
b) Umfang der Ersatzpflicht des Erben	199
c) Kostenersatz durch den Erben des Ehegatten oder Lebenspartners der leistungsberechtigten Person	200
d) Erlöschen des Anspruchs	200
3. Kostenersatz bei schuldhaftem Verhalten (§ 103 SGB XII)	201
4. Kostenersatz bei zu Unrecht erbrachten Leistungen (§ 104 SGB XII)	201
5. Kostenersatz bei Doppelleistungen (§ 105 SGB XII)	201
XIV. Verpflichtungen anderer, insbesondere Übergang von Ansprüchen und Rückgriff auf Unterhaltpflichtige (§§ 93 ff. SGB XII)	202
1. Allgemeines	202
2. Übergang (§ 93 SGB XII) und Überleitung (§ 94 SGB XII) von Ansprüchen	203
3. Übergang von Unterhaltsansprüchen (§ 94 SGB XII)	203
a) Allgemeines	203
b) Berechnung der Einkommengrenze im Verwandtenunterhalt und Vermutungsregelung nach § 94 Abs. 1 a SGB XII	204
c) Ausschluss und Beschränkung des Übergangs von Unterhaltsansprüchen	205

§ 13 Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

I. Allgemeines	206
II. Rehabilitations- und Teilhaberecht als Teil des Sozialrechts	207
III. Grundbegriffe	207
1. Behinderung	207
2. Rehabilitation und Teilhabe	208
3. Rehabilitationsleistungen	209
4. Rehabilitationsträger	210
IV. Systematik des Gesetzes	211
V. Übergreifende Regelungen zur Sicherung der Teilhabe im gegliederten System	211
VI. Leistungen zur Teilhabe (Überblick)	212
1. Übergreifende Leistungsvorschriften	213
2. Zu den Regelungen der Leistungsgesetze	214
VII. Übersicht zur Abgrenzung der Zuständigkeiten	214
VIII. Eingliederungshilferecht	215
1. Einfügung in das SGB IX	215
2. Allgemeine Vorschriften	216
a) Aufgabe der Eingliederungshilfe	216
b) Nachrang der Eingliederungshilfe	216
c) Träger der Eingliederungshilfe	216
d) Sicherstellungsauftrag	217
3. Grundsätze und Voraussetzungen der Leistungen	217
a) Personenzentrierung	217
b) Leistungsberechtigter Personenkreis	217
c) Antragserfordernis	218

Inhalt

d) Wunsch- und Wahlrecht	219
4. Leistungsformen	219
5. Leistungsinhalte	220
6. Gesamtplanung	221
7. Einkommen und Vermögen	221
IX. Kurzüberblick zum Schwerbehindertenrecht	223
X. Rechtswege	224

§ 14 Europäisches Sozialrecht

I. Zur Bedeutung des inter- und supranationalen Sozialrechts	226
II. Das Recht der Europäischen Union	228
1. Allgemeines	228
2. Sozialrecht der Europäischen Union	230
a) Europarechtliche Regelungszuständigkeit für das Sozialrecht	230
b) Regelungen zur Sozialpolitik (Art. 151 ff. AEUV) – harmonisierendes Sozialrecht	231
c) Das Gleichbehandlungsrecht (Art. 21, 23 GRC, Art. 19 und 157 AEUV)	231
d) Die Unionsbürgerschaft iVm dem Diskriminierungsverbot (Art. 18, 20, 21 AEUV)	232
e) Die Grundfreiheiten, insbesondere Personenfreizügigkeit (Art. 45 ff. AEUV) und koordinierendes Sozialrecht zur Flankierung der Personenfreizügigkeit	235
III. EU und Drittstaaten	241
1. Abkommen mit der Schweiz und dem EWR	241
2. Assoziationsabkommen mit der Türkei	241
3. Mittelmeerabkommen	242

Teil II Lebenslagen und Problemlagen

§ 15 Ausbildung

I. Rechtliche Rahmenbedingungen	244
II. Bedarfe bei Ausbildung	245
1. Lebensunterhalt	245
a) Ausbildungsförderung nach dem BAföG: Voraussetzungen und Inhalt	245
b) Berufsausbildungsbeihilfe	253
c) Ausbildungsgeld	256
d) Kindergeld	256
e) Wohngeld	256
f) Arbeitslosengeld nach dem SGB III	257
2. Leistungen zur Suche und zur Aufnahme einer Ausbildung	257
a) Berufsberatung	257
b) Vermittlung	258
c) Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	258
d) Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	258
e) Zuschüsse an Arbeitgeber zur Ausbildungsvergütung von Menschen mit Schwerbehinderung	259
f) Assistierte Ausbildung	259
III. Einzelne Lebens- und Problemlagen	262

Inhalt

1. Unzureichendes Ausbildungsniveau	262
2. Kein Unterhalt der Eltern	262
3. Verzögerung der Ausbildung	263
4. Nichtbestehen von Prüfungen	264
5. Abbruch/Wechsel der Ausbildung	264
6. Beschäftigung/selbstständige Tätigkeit während der Ausbildung	265
a) Anrechnung der Einkünfte auf die Ausbildungsförderungsleistungen	265
b) Sozialversicherungsrechtlicher Status	265
7. Auszubildende mit Kindern	266
8. Krankenversicherung von Auszubildenden	266
9. Unfall während der Ausbildung	267
 § 16 Arbeitslosigkeit	
I. Rechtliche Rahmenbedingungen	269
1. Begriff der Arbeitslosigkeit	269
2. Leistungen zum Verbleib in einer Beschäftigung	269
a) Kurzarbeitergeld	270
b) Saison-Kurzarbeitergeld	270
c) Transferleistungen	270
d) Arbeitsrechtlicher Schutz gegen den Verlust des Arbeitsplatzes	271
II. Bedarfe bei Arbeitslosigkeit	273
1. Sicherung des Lebensunterhalts	273
a) Alg bei Arbeitslosigkeit	273
b) Alg bei beruflicher Weiterbildung	279
c) Teilarbeitslosengeld	279
d) Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit	280
e) Krankengeld	280
f) Wohngeld	280
g) Kindergeld	283
h) Alg II	283
i) Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII	283
j) Leistungen nach dem AsylbLG	283
2. Medizinische Bedarfe und Pflegebedarfe	283
3. Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	284
a) Hilfen bei der Arbeitsuche	284
b) Hilfen bei der Aufnahme einer Beschäftigung	286
c) Arbeitshilfen für Menschen mit Behinderung	288
d) Erstattung der Kosten einer Probebeschäftigung für Menschen mit Behinderung	288
4. Hilfen bei der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit	288
5. Hilfen zur beruflichen Qualifizierung	289
a) Förderung der beruflichen Weiterbildung	289
b) Zuschuss für den Arbeitgeber	291
III. Einzelne Lebens- und Problemlagen	292
1. Meldepflichtverstöße	292
a) Arbeitsuchendmeldung	292
b) Arbeitslosmeldung	292
c) Allgemeine Meldepflicht	293
d) Meldepflicht bei Zuständigkeitswechsel	294

Inhalt

e) Pflicht zum persönlichen Erscheinen	295
f) Mitteilung von Änderungen in den Verhältnissen	295
2. Schuldhafte Herbeiführung der Arbeitslosigkeit	295
3. Ablehnung einer angebotenen Arbeitsstelle	297
a) Ausschluss von Alg wegen fehlender Verfügbarkeit	297
b) Sperrzeit wegen Arbeitsablehnung	297
c) Folgen einer Arbeitsablehnung beim Alg II	298
4. Ablehnung einer Maßnahme zur beruflichen Aus- oder Weiterbildung	298
5. Abbruch oder Ausschluss aus einer Maßnahme der beruflichen Weiterbildung	299
6. Verstoß gegen die Eingliederungsvereinbarung	300
7. Ehrenamtliche Tätigkeit während der Arbeitslosigkeit	300
8. Ausübung einer Beschäftigung während der Arbeitslosigkeit	301
a) Arbeitsförderung	301
b) Nebeneinkommen während des Bezugs von Alg II	301
9. Selbstständige Tätigkeit während der Arbeitslosigkeit	302
a) Arbeitsförderung	302
b) Grundsicherung für Arbeitsuchende	302
10. Umzug während der Arbeitslosigkeit	302
a) Meldepflicht bei Umzug in einen anderen Bezirk	302
b) Zumutbarkeit eines Umzugs	302
c) Übernahme der Umzugskosten	303
11. Urlaub während des Leistungsbezuges	303
a) Arbeitsförderung	303
b) Grundsicherung für Arbeitsuchende	303
12. Krankheit während der Arbeitslosigkeit	303
13. Sozialversicherung Arbeitsloser	304
14. Arbeitslose mit Kind	305
15. Arbeitslose unter 25	305
16. Ältere Arbeitslose	306

§ 17 Armut

I. Armut als Lebenslage	309
II. Systeme der Existenzsicherung	309
III. Anspruchsberechtigte Personen/Abgrenzung SGB II/SGB XII	310
IV. Besonderheiten beim Verfahren	312
V. Gewöhnlicher Aufenthalt	313
VI. Hilfebedürftigkeit	313
VII. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	313
1. Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts (§ 20 SGB II, §§ 27 a, 28–29 SGB XII)	317
2. Mehrbedarfe (§ 21 SGB II, § 30 SGB XII)	318
a) Alleinerziehende und werdende Mütter	319
b) Leistungsberechtigte mit Behinderung	320
c) Warmwasser	320
d) Härtefälle	321
3. Bedarf für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II, §§ 35, 42 a SGB XII)	322

Inhalt

4. Abweichende Erbringung von Leistungen (§ 24 SGB II, § 37 SGB XII)	326
5. Leistungen für Bildung und Teilhabe (§§ 28 f. SGB II, §§ 34–34 b SGB XII)	326
6. Kranken- und Pflegeversicherung	329
VIII. Einsatz von Einkommen und Vermögen	329
1. Einsatz von Einkommen	330
a) Zu berücksichtigendes Einkommen	330
b) Kindergeld	333
2. Einsatz von Vermögen	333
IX. Besonderheiten beim Zusammenleben mehrerer Personen	337
1. Bedarfsgemeinschaft im SGB II versus Einsatzgemeinschaft im SGB XII	337
2. Verhältnis zu Beziehern von Alg II – Gemischte Bedarfsgemein- schaft	338
X. Haushaltsgemeinschaft (§ 9 Abs. 5 SGB II, § 39 SGB XII)	339
XI. Besondere Personengruppen	340
XII. Leistungskürzungen	340
XIII. Rückgriffmöglichkeiten des Leistungsträgers	340
XIV. Nachforderung von Leistungen durch den Leistungsberechtigten	342
XV. Anspruchsvoraussetzungen und Struktur der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Überblick	342
XVI. Besonderheiten bei der Hilfe zum Lebensunterhalt	343
XVII. Unterschiede zwischen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und der Hilfe zum Lebensunterhalt; Abgrenzung zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	343
XVIII. Verschuldung: Begriff und Grundlagen	344
1. Armut und Schulden	344
2. Privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Forderungen	345
3. Grundlegende Begriffe	345
a) Gläubiger, Schuldner, Schuldverhältnis	345
b) Sozialrechtliches Leistungsverhältnis	346
c) Verschuldung	348
d) Überschuldung	348
e) Zahlungsunfähigkeit	349
4. Statistische Daten zu Verschuldung und Insolvenz	349
XIX. Ansprüche und Gläubiger	350
1. Grundlagen und Gläubiger privatrechtlicher Ansprüche	350
a) Rechtsgeschäftliche und gesetzliche Ansprüche	350
b) Schuldnerverzug und Rechtsfolgen	351
c) Übernahme von privatrechtlichen Schulden in der Grundsicherung für Arbeitssuchende und Sozialhilfe (§§ 22 Abs. 8 SGB II und 36 SGB XII)	353
2. Grundlagen und Gläubiger öffentlich-rechtlicher Forderungen	354
a) Arten und Gläubiger sozialrechtlicher Forderungen	354
b) Exkurs: Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	356
3. Umgang mit sozialrechtlichen Forderungen	356
a) Überblick	356
b) Aufrechnung und Verrechnung	357
c) Stundung, Niederschlagung, Erlass	358

d) Erlass von Beitragsrückständen und Säumniszuschlägen bei Krankenkassenschulden	362
XX. Vollstreckung und Vollstreckungsschutz	365
1. Zweck und Grundlagen des Vollstreckungsrechts	365
2. Verwaltungsvollstreckung und Zwangsvollstreckung	365
3. Vollstreckung nach der ZPO	365
a) Zweck und Struktur der Zwangsvollstreckung nach der ZPO	365
b) Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung: Titel, Klausel, Zustellung	366
c) Vollstreckungsgegenstand	367
d) Vollstreckungsorgan und -verfahren	367
e) Notwendige Kosten der Zwangsvollstreckung	368
4. Verwaltungsvollstreckung nach VwVG und den Landes-VwVG	370
a) Begriff und Rechtsgrundlagen	370
b) Vollstreckbare Verwaltungsentscheidung	371
c) Vollstreckungsgegenstand	373
d) Vollstreckungsorgan und -verfahren	373
e) Kosten der Verwaltungsvollstreckung	374
5. Rechtsschutz und Vollstreckungsschutz	374
a) Rechtsschutz gegen die Vollstreckung	374
b) Grundlagen des Vollstreckungsschutzes	375
c) Anwendbarkeit des zivilrechtlichen Vollstreckungsschutzrechts im Öffentlichen Recht	375
6. Überblick zum Vollstreckungsschutzrecht	376
a) Vollstreckungsschutz bei Einkünften	376
b) Pfändungsschutz bei Kontoguthaben	377
c) Sonstige Schutzvorschriften	379
XXI. Entschuldung	379
1. Überblick über Alternativen der Entschuldung ohne Insolvenzverfahren	379
a) Überblick	379
b) Vergleichsvertrag	380
c) Entschuldungsfonds	380
2. Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung	380
a) Voraussetzungen und Verfahrensarten	380
b) Verfahrensablauf eines Verbraucherinsolvenzverfahrens mit Restschuldbefreiung	381
c) Wirkungen eines Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahrens	382

§ 18 Kinder/Jugendliche

I. Rechtliche Rahmenbedingungen	384
1. Begriffe	384
2. Rechts-, Geschäfts- und sozialrechtliche Handlungsfähigkeit	385
a) Rechtsfähigkeit	385
b) Geschäftsfähigkeit	385
c) Sozialrechtliche Handlungsfähigkeit	385
3. Personensorgerecht und Vertretungsbefugnis	386
a) Personensorge	386
b) Gesetzliche Vertretungsbefugnis	387

Inhalt

4. Allgemeine Unterscheidung der Leistungsbereiche	387
a) Soziale Vorsorge/Sozialversicherung	387
b) Soziale Entschädigung	388
c) Soziale Förderung und Hilfe	388
II. Einzelne Lebenssituationen	389
1. Problemlagen bei Erziehungsberechtigten	389
a) Minderjährigkeit der Eltern	389
b) Pflegeeltern	390
c) Alleinerziehende	391
d) Tod des Erziehungsberechtigten	391
e) Trennung oder Scheidung der Eltern	392
f) Partnerschaftsprobleme der Eltern	392
g) Erziehungsschwierigkeiten	392
h) Wirtschaftliche Schwierigkeiten	393
i) Psychische Erkrankung der Eltern	393
j) Suchterkrankung der Eltern	393
k) Wohnungslosigkeit der Eltern	394
l) Misshandlung, Vernachlässigung und sexueller Missbrauch des Kindes durch die Eltern	394
2. Problemlagen bei Kindern und Jugendlichen selbst	395
a) Entwicklungsschwierigkeiten, Störungen der Eltern-Kind-Beziehung	395
b) Seelische Behinderung	396
c) Unterbringung außerhalb des Elternhauses	397
d) Schulschwierigkeiten und Internatsunterbringung	397
e) Schwangerschaft	399
f) Tagesförderung	400
g) Sucht	401
h) Straffälligkeit	402
i) Wohnungslosigkeit	403
j) Sexueller Missbrauch und Prostitution	403
k) Ausbildungsschwierigkeiten und Berufsfindungsprobleme	404
l) Beratungsbedarf bei unzureichendem Unterhalt	404
m) Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit	405
n) Unbegleitete minderjährige Ausländer	406

§ 19 Partnerschaften, Alleinerziehende und Schwangere

I. Rechtliche Rahmenbedingungen	408
1. Allgemeines	408
2. Ehe	409
a) Zivilrechtliche Rechtsfolgen der Eheschließung	409
b) Zivilrechtliche Rechtsfolgen bei Trennung und Scheidung von Ehepartnern	411
c) Sozialrechtliche Auswirkungen der Eheschließung	414
3. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	417
a) Rechtliche Einordnung und allgemeine Rechtsfolgen	417
b) Beendigungsfolgen	417
c) Sozialrechtliche Auswirkungen	420
4. Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft	424
5. Alleinerziehende	425

Inhalt

a) Allgemeine Rechtslage	425
b) Sozialrechtliche Situation	426
6. Schwangere	429
a) Allgemeine Rechtslage	429
b) Sozialrechtliche Situation	430
II. Einzelne Lebenssituationen	433
1. Problemlagen nach Eheschließung	433
a) Gewalt des Ehepartners	433
b) Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Überschuldung	435
c) Arbeitslosigkeit des Ehepartners	436
d) Behinderung und Betreuungsbedürftigkeit des Ehepartners	437
e) Inhaftierung des Ehepartners	438
f) Binationale Ehen und Ehen von Asylsuchenden	441
2. Problemlagen nach Trennung und Scheidung	442
a) Versicherungssituation	442
b) Wiedereinstieg in das Berufsleben	442
3. Tod des Ehepartners	443
4. Problemlagen bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften	444
a) Wirtschaftliche Absicherung	444
b) Versicherungssituation	445
5. Problemlagen Alleinerziehender	445
a) Geburt eines Kindes, Existenzsicherung und Erwerbstätigkeit	445
b) Erkrankung des Kindes und des alleinerziehenden Erwerbstätigen	446
c) Inhaftierung	447
6. Problemlagen bei Schwangerschaft	449
a) Verhütung	449
b) Schwangerschaftsabbruch	450
c) Künstliche Befruchtung und Entbindung	451
d) Erwerbstätigkeit und Existenzsicherung	452
e) Wohnungslosigkeit	453
f) Inhaftierung	453

§ 20 Alter

I. Rechtliche Rahmenbedingungen	455
1. Demografische Entwicklung	455
2. Spezielle Sozialleistungen für alte Menschen	456
3. Diskriminierungsschutz	457
a) Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	457
b) Menschenrechtlicher Diskriminierungsschutz	458
4. Betreuungsrecht	458
II. Spezielle Lebens- und Problemlagen	458
1. Einkommenssicherung	458
a) Die drei Säulen der Alterssicherung	458
b) Renten wegen Alters aus der gesetzlichen Rentenversicherung	459
c) Alterssicherung der Landwirte	459
d) Berufsständische Versorgung	460
e) Beamtenversorgung	460
f) Betriebliche Altersversorgung	461
g) Private Altersvorsorge	462

Inhalt

h) Bedarfsabhängige Leistungen zum Lebensunterhalt	464
2. Erwerbstätigkeit	467
a) Gleitender Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand	467
b) Erwerbstätigkeit nach Erreichen der Regelaltersgrenze	467
c) Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit, verminderter Erwerbsfähigkeit und Behinderung	468
d) Arbeitslosengeld nach Ende des Beschäftigungsverhältnisses	469
e) Besonderheiten beim Bezug von Sozialhilfe	469
3. Wohnen	469
a) Anpassung der Wohnung	469
b) Alltägliche Verrichtungen	470
c) Besondere Beratungs- und Betreuungsbedarfe	470
4. Leistungen zur sozialen Teilhabe	471
5. Tod	473
a) Übergang von Ansprüchen auf Rechtsnachfolger	473
b) Haftung der Rechtsnachfolger oder Dritter	473
c) Hinterbliebenenrenten	474
d) Übernahme von Bestattungskosten	474

§ 21 Drogen/Sucht

I. Rechtliche Rahmenbedingungen	476
1. Begriffe	476
a) Suchtkrankheit	476
b) Abhängigkeit	477
c) Drogen	477
d) Suchtbehinderung	478
e) Rehabilitation	478
2. Sozialleistungen zur Suchtrehabilitation	479
a) Krankenversicherung	480
b) Rentenversicherung	483
c) Recht der Arbeitsförderung	486
d) Jugendhilfe	486
e) Sozialhilfe	488
f) Eingliederungshilfe	490
II. Einzelne Lebenssituationen	491
1. Sucht und Arbeitsleben	492
a) Entgeltfortzahlung und Krankengeld	492
b) Unfallversicherungsschutz	493
c) Kündigung und Lohnersatzleistungen	493
2. Sucht und soziale Risiken	495
a) Armut	495
b) Arbeitslosigkeit	496
c) Wohnungslosigkeit	497
d) Überschuldung	497
3. Problemlagen des Konsums illegaler Suchtmittel	498
a) Substitution	498
b) Insbesondere: Diamorphingestützte Substitutionsbehandlung	499
4. Problemlagen im Rehabilitationsprozess	499
a) Zugang zur Rehabilitation	499
b) Wahlrecht	500

Inhalt

c) Entgiftung	500
d) Entwöhnung	501

§ 22 Behinderung

I. Rechtliche Rahmenbedingungen	502
1. Begriffe	502
2. Allgemeine Rechtsstellung	502
a) Rechtsfähigkeit	502
b) Geschäftsfähigkeit	503
c) Besondere Regelungen	503
d) Deliktsfähigkeit	504
3. Betreuungsrecht	504
4. Gleichstellungsrecht	507
5. Menschen mit Behinderungen im Sozialrecht	507
II. Problemlagen	508
1. Werkstätten für behinderte Menschen und Alternativen	508
a) Werkstätten für behinderte Menschen	508
b) Alternativen	511
2. Besondere Wohnformen und ambulant unterstütztes Wohnen	512
a) Wohnformen	512
b) Besondere Wohnformen	512
c) Ambulant unterstütztes Wohnen	513
d) Verbraucherschutz- und Ordnungsrecht	515
3. Hilfen im Zusammenhang des Schulbesuchs	515
4. Kindertagesstätten	517
5. Frühförderstellen	518
6. Corona-Pandemie	519

§ 23 Krankheit

I. Rechtliche Rahmenbedingungen	520
1. Begriff der Krankheit	520
2. Versicherungsschutz bei Krankheit	521
a) Gesetzlich Krankenversicherte	521
b) Privat Krankenversicherte	527
3. Sicherungssysteme außerhalb der Krankenversicherung	529
a) Gesetzliche Unfallversicherung	529
b) Gesetzliche Rentenversicherung	530
c) Soziale Entschädigung	530
d) Soziale Sicherung der Beamten	530
e) Kinder- und Jugendhilfe	531
4. Empfänger von Sozialhilfe	532
5. Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	534
II. Leistungen zur Behandlung von Krankheiten	534
1. Krankenbehandlung für gesetzlich Krankenversicherte	534
a) Ärztliche Behandlung	534
b) Psychotherapeutische Behandlung	535
c) Zahnärztliche Behandlung	535
d) Praxisgebühr	536
e) Arznei- und Verbandmittel	536
f) Heilmittel	538

Inhalt

g) Hilfsmittel	538
h) Digitale Gesundheitsanwendungen	540
i) Häusliche Krankenpflege	541
j) Soziotherapie	543
k) Spezialisierte ambulante Palliativversorgung	543
l) Haushaltshilfe	544
m) Krankenhausbehandlung	545
n) Stationäre und ambulante Hospizleistungen	546
o) Hospiz- und Palliativberatung	547
p) Kurzzeitpflege bei fehlender Pflegebedürftigkeit	547
q) Medizinische Rehabilitation	548
r) Ergänzende Leistungen zur Rehabilitation	549
s) Nichtärztliche sozialpädiatrische Leistungen für Kinder	549
t) Nichtärztliche Leistungen für Erwachsene mit geistiger Behinderung oder schweren Mehrfachbehinderungen	550
u) Künstliche Befruchtung, Herstellung der Zeugungs- oder Empfängnisfähigkeit	550
v) Versorgung mit Zahnersatz	550
w) Nebenleistungen	552
x) Zuzahlungen und Befreiungsmöglichkeiten	554
2. Leistungen der privaten Krankenversicherung	557
3. Leistungen für Empfänger von Sozialhilfe	557
a) Krankenversicherte Sozialhilfeempfänger	558
b) Übernahme der Krankenbehandlung durch die Krankenkasse	558
c) Hilfe bei Krankheit	558
4. Krankenbehandlung für Leistungsberechtigte nach dem SGB II	560
5. Krankenbehandlung für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	561
III. Kompensation des durch Krankheit entstehenden Einkommensausfalls	562
1. Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber	562
2. Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung	563
a) Voraussetzungen	563
b) Höhe des Krankengeldes	563
c) Dauer der Krankengeldzahlung	564
d) Ruhen, Wegfall und Kürzung des Krankengeldes	564
e) Krankengeld bei Erkrankung eines Kindes	566
3. Krankentagegeld der privaten Krankenversicherung	566
4. Entgeltersatzleistungen anstelle von Krankengeld	567
5. Entgeltersatzleistungen nach Auslaufen oder Wegfall von Krankengeld	567
6. Ergänzende Leistungen nach SGB II oder SGB XII	567
§ 24 Pflegebedürftigkeit	
I. Rechtliche Rahmenbedingungen	568
1. Soziale Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit	568
2. Versicherungsfall der Pflegebedürftigkeit	569
a) Definition nach SGB XI	569
b) Ursache der Pflegebedürftigkeit	569
c) Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten ...	569

Inhalt

d) Dauer des Hilfebedarfs	571
e) Pflegegrade	571
f) Pflegebedürftigkeit bei Kindern	575
g) Verfahren zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit	575
3. Versicherungsschutz bei Pflegebedürftigkeit	577
a) In der sozialen Pflegeversicherung versicherte Personen	577
b) Privat Versicherte	578
c) Freiwillige private Pflege-Zusatzversicherung	579
4. Ergänzende Leistungen der Sozialhilfe bei Pflegebedürftigkeit	579
a) Übersicht	579
b) Begriff der Pflegebedürftigkeit, Pflegegrade	580
c) Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse	581
d) Einsetzen der Sozialhilfe	581
5. Leistungssysteme außerhalb der Pflegeversicherung und Sozialhilfe	582
II. Häusliche Pflege	582
1. Übersicht	582
2. Leistungen der Pflegeversicherung	582
a) Pflegesachleistung	583
b) Pflegegeld	586
c) Kombinationsleistung	587
d) Zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen	587
e) Häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson	588
f) Pflegehilfsmittel	589
g) Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung	591
h) Anschubfinanzierung zur Gründung von ambulant betreuten Wohngruppen	593
i) Angebote zur Unterstützung im Alltag, Umwandlung des ambulanten Sachleistungsbetrags	593
j) Entlastungsbetrag	594
k) Leistungen für Pflegepersonen	595
3. Hilfe zur Pflege durch den Träger der Sozialhilfe	600
a) Allgemeines	600
b) Pflege durch dem Pflegebedürftigen nahestehende Personen	601
c) Übernahme der Kosten bei professioneller Pflege	602
III. Stationäre Pflege	603
1. Bestandteile des Heimentgelts	603
2. Leistungen der Pflegeversicherung	605
a) Teilstationäre Pflege	606
b) Kurzzeitpflege	607
c) Vollstationäre Pflege	608
d) Leistungen für die Pflege von Menschen mit Behinderungen	610
3. Hilfe zur Pflege durch den Träger der Sozialhilfe	612
4. Heranziehung Unterhaltpflichtiger durch den Träger der Sozialhilfe	614
IV. Leistungen aus anderen Sicherungssystemen	618
1. Gegenüber der Pflegeversicherung vorrangige Sicherungssysteme	618
a) Soziale Entschädigung	618
b) Gesetzliche Unfallversicherung	619
c) Beamtenrechtliche Unfallfürsorge	619
d) Ruhen der Leistungsansprüche aus der Pflegeversicherung	620

Inhalt

2. Gegenüber der Pflegeversicherung nachrangige Sicherungssysteme ...	620
3. Beamtenrechtliche Beihilfe	620

§ 25 Besondere soziale Schwierigkeit (Strafentlassene/Wohnungslose)

I. Rechtliche Rahmenbedingungen	622
II. Bedarfe bei besonderen sozialen Schwierigkeiten	624
1. Sicherung des Lebensunterhalts	624
a) Alg II	624
b) Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	625
c) Hilfe zum Lebensunterhalt	625
2. Medizinischer Bedarf	626
3. Pflegeleistungen	627
4. Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	627
5. Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	629
a) Allgemeines	629
b) Eingliederungshilfe der Kinder- und Jugendhilfe	629
c) Eingliederungshilfe	629
d) Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	629
III. Einzelne Lebens- und Problemlagen	637
1. Wohnungsverlust und -beschaffung	637
a) Wohnungsschutz	637
b) Wohnungsbeschaffung	639
c) Wohnungsfinanzierung	639
d) Ausstattung der Wohnung	640
2. Betreuung/Unterstützung	640
3. Stationäre Einrichtungen	642
a) Hilfeberechtigung	643
b) Hilfeinhalt	643
c) Hilfevorrang	644
d) Hilfeleistung	644
e) Hilfeverfahren	645
4. Straße/Notunterkunft	646

§ 26 Migrantinnen und Migranten

I. Rechtliche Rahmenbedingungen	649
1. Migrantinnen und Migranten	649
2. Integrationsförderung	649
II. Arbeitsmarktzugang und Sozialleistungen nach dem Aufenthaltsstatus ..	656
1. Unionsbürger/innen	656
a) Aufenthaltsrecht	656
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	659
c) Sozialleistungen	660
2. Drittstaatsangehörige (allgemein)	679
a) Aufenthaltstitel	679
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	680
c) Erwerbstätigkeit während des Antrags auf einen Aufenthaltstitel	684
d) Sozialversicherungsleistungen	684
e) Familienleistungen	687
f) Wohngeld und Wohnberechtigungsschein	689

Inhalt

g) Leistungen zur Ausbildungsförderung	689
h) Ansprüche auf Leistungen der Jugendhilfe	693
i) Schwerbehindertenausweis	693
j) Opferentschädigungsgesetz	694
k) Leistungen nach SGB II	694
l) Asylbewerberleistungsgesetz	697
m) Leistungen entsprechend dem SGB XII	707
n) Leistungsbezug nach SGB XII	710
o) Prozesskostenhilfe	712
3. Besonderheiten nach dem Status oder dem Herkunftsstaat	712
a) Niederlassungserlaubnis	712
b) Studierende und Auszubildende	713
c) Aufenthalte zum Zwecke der Erwerbstätigkeit	720
d) Humanitäre Aufenthaltserlaubnis	732
e) Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke des Familiennachzugs	745
f) Aufenthaltserlaubnis zur Wiederkehr oder für junge Menschen außerhalb des Familienverbundes	749
g) Aufenthaltserlaubnis für ehemalige Deutsche	750
h) Aufenthaltserlaubnis für langfristig Aufenthaltsberechtigte aus anderen EU-Staaten	750
i) Türkische Staatsangehörige	751
j) Staaten des Mittelmeerabkommens: Tunesien, Marokko, Algerien	755
k) Nachfolgestaaten Jugoslawiens	756
l) Duldung	756
m) Asylsuchende	765
n) Tourist/innen	768
o) Drittstaatsangehörige ohne reguläre Aufenthaltspapiere	769
4. Auswirkungen des Leistungsbezugs auf das Aufenthaltsrecht	771
a) Sicherung des Lebensunterhalts als Erteilungsvoraussetzung	771
b) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	773
c) Niederlassungserlaubnis	775
d) Einbürgerung	775
III. Beratung und Information	776

Teil III Beratung

§ 27 Die Beratung im Sozialrecht

I. Der Beratungsprozess als Gegenstand rechtlicher Regelungen	780
II. Beratung und Haftung	781
1. Beratungsansprüche und -pflichten	781
a) Einstiegsberatung nach § 14 SGB I	781
b) Beratung als Sozialleistung	783
2. Die Haftung des Sozialleistungsträgers	784
a) Amtshaftung (Art. 34 GG iVm § 839 BGB)	784
b) Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch	786
3. Haftung des Trägers einer privaten (freigemeinnützigen) Beratungsstelle	788
a) Haftung aus Beratungsvertrag	788
b) Deliktische Haftung	789
4. Eigenhaftung der Beratungsperson	789

Inhalt

a) Eigenhaftung von Amtsträgern	790
b) Haftung sonstiger Beratungspersonen	790
III. Schutz von Beratungs-, Sozial- und Datengeheimnis	791
1. Verpflichtung der Beratungs- oder Amtsperson zum Schutz persönlicher Geheimnisse nach § 203 StGB	791
a) Regelungssadressaten	791
b) Umfang der Schweigepflicht	791
c) Geheimnisoffenbarung	793
d) Offenbarungsbefugnisse und -pflichten	793
2. Organisationsbezogene Verpflichtungen zum Datenschutz	797
a) Anspruch auf Schutz der Sozialdaten durch die Sozialleistungsträger nach § 35 SGB I	797
b) Besonderheiten nach einzelnen Büchern des SGB	803
c) Geheimnisschutz bei privaten (freigemeinnützigen) Trägern von Beratungsstellen	804
IV. Erlaubnis zur Sozialrechtsberatung	806
1. Das Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz – RDG)	806
a) RDG als Verbotsgesetz mit Erlaubnisvorbehalt	806
b) Regelungsbereich des RDG: die Erbringung außergerichtlicher Rechtsdienstleistungen	806
2. Befugnisse zur Sozialrechtsberatung nach dem RDG	807
a) Erbringung von Rechtsdienstleistungen in abhängiger Beschäftigung folgt Regelung für Anstellungsträger/Dienstherrn	808
b) Erlaubnis von Rechtsdienstleistungen als (gewerbliche) Nebenleistung (§ 5 RDG)	808
c) Erlaubnis unentgeltlicher Rechtsdienstleistungen (§ 6 RDG)	808
d) Erlaubnis von Rechtsdienstleistungen an Mitglieder von Interessenvereinigungen (§ 7 RDG)	810
e) Erlaubnis von Rechtsdienstleistungen durch gerichtlich oder behördlich bestellte Personen (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 RDG)	811
f) Erlaubnis von Rechtsdienstleistungen durch Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 RDG)	811
g) Erlaubnis von Rechtsdienstleistungen von nach Landesrecht als geeignet anerkannten Personen oder Stellen im Sinn des § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO (§ 8 Abs. 1 Nr. 3 RDG)	812
h) Erlaubnis von Rechtsdienstleistungen für Verbände der freien Wohlfahrtspflege ua öffentlich anerkannter Stellen (§ 8 Abs. 1 Nr. 5 RDG)	812
i) Folgen von Verstößen gegen das RDG	813
V. Beratungs-, Prozesskosten- und Verfahrenskostenhilfe	814
1. Übersicht	814
2. Beratungshilfe	814
a) Antragsabhängigkeit	815
b) Mitteleinsatz	815
c) Keine andere Hilfemöglichkeit	815
d) Mutwilligkeit	816
e) Gegenstand des Anspruchs	816
f) Zuständigkeit und Rechtsmittel	816
g) Kosten	816

Inhalt

h) Aufhebung der Bewilligung	817
3. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe	817
a) Wirtschaftliche Verhältnisse	817
b) Erfolgsaussicht	818
c) Mutwilligkeit	818
d) Beiordnung eines Rechtsanwalts	819
e) Zuständigkeit und Rechtsmittel	819
f) Änderung und Aufhebung der Bewilligung	820
Gesamtliteraturverzeichnis	821
Stichwortverzeichnis	829

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Frank Ehmann, Rechtsanwalt, Frankfurt University of Applied Sciences
(§ 12; § 17 I.–XVII. gemeinsam mit *Schwengers*)

Prof. Dr. Ursula Fasselt, Frankfurt University of Applied Sciences
(§ 14; § 20 gemeinsam mit *Schellhorn/Paulenz*)

Prof. Dr. Dorothee Frings i. R., Hochschule Niederrhein, Mönchengladbach (§ 26)

Prof. Dr. Lasse Gundelach, Katholische Hochschule Mainz
(§§ 18, 19 gemeinsam mit *Nothacker*)

Prof. Dr. Carsten Homann, Hochschule RheinMain, Wiesbaden
(§ 17 XVIII.–XXI.; § 25 gemeinsam mit *Winkler*)

Prof. Dr. Rainer Kessler, Brechen (Einleitung, §§ 3, 8, 13, 22)

Prof. Dr. Gerhard Nothacker, Fachhochschule Potsdam
(§§ 9, 10 gemeinsam mit *Schweigler*; §§ 18, 19 gemeinsam mit *Gundelach*)

Dr. Simon Paulenz, Richter am Sozialgericht, Berlin
(§ 6 gemeinsam mit *Schellhorn*; § 20 gemeinsam mit *Schellhorn/Fasselt*)

Prof. Dr. Jürgen Sauer, Hochschule RheinMain, Wiesbaden (§§ 21, 27)

Prof. Dr. Helmut Schellhorn, Frankfurt University of Applied Sciences,
(§§ 4, 5; § 6 gemeinsam mit *Paulenz*; § 20 gemeinsam mit *Fasselt/Paulenz*; §§ 23, 24)

Dr. Daniela Schweigler, Rechtsanwältin, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
(§§ 9, 10 gemeinsam mit *Nothacker*)

Prof. Dr. Clarita Schwengers, Hochschule Esslingen
(§ 7; § 17 I.–XVII. gemeinsam mit *Ehmann*)

Prof. Dr. Jürgen Winkler, Katholische Hochschule Freiburg
(§§ 1, 2, 11, 15, 16; 25 gemeinsam mit *Homann*)